

Annus-Beitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Sinsjütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 RM, monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile: 20 Pfennig für amtliche und answärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 55 mm breite Reklame-Beizeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressenachweis und Anzeigengebühr: 20 Pfennig. Ganze, halbe, Drittel und Viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unversänderter Anzeigen in

Mittwoch
16
Oktober

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachlaß. Jede Nachlaßbewilligung wird hinsichtlich der gerichtlicher Beitreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Zeilen: Tausend 3.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 9^{1/2} Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingeworfen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 162 • 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Pb. Meindahl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Die amerikanische Antwortnote.

Die Note Lansing.

Washington, 14. Okt. (W. B.) Neutermeldung.

Der Staatssekretär hat heute nachmittag dem internationalen Geschäftsträger der Schweiz als dem Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Note bekanntgegeben:

Staatsdepartement, 14. Oktober.

Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Uebersendung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von Seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstags berechtigt den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der

Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes

Anglegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rat der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der Alliierten überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Armeen der Vereinigten und der Alliierten an der Front schafft. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch er dessen ganz sicher sind, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegsführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungeseligen und unmenschlichen Tötungen auszuüben, bei denen sie noch beharren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf See Passagierschiffe zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und Frankreich einen Weg mutwilliger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner, beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderung und Verwüstung fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörtem Herzen hinschauen.

Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht (to the language and plain intent) einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli dieses Jahres in Mount Vernon verkündet hat. Sie lautet wie folgt:

Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, die für sich geheim und nach eigenem Belieben den Frieden der

Welt stören kann oder, wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zur tatsächlichen Machtlosigkeit.

Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht (controlled) hat, ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird. Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine

Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß,

wenn der Friede durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Antwort an die kaiserlich-königliche Regierung von Oesterreich-Ungarn abgeben.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung.

Robert Lansing.

Präsident Wilson hat diesmal auf die zweite deutsche Friedensnote sehr rasch antworten lassen. Noch am gleichen Tage, an dem ihm die deutsche Note überreicht wurde, ist die Antwort erfolgt. Sie ist also wohl schon in der Hauptsache fertig gewesen, als der amtliche Wortlaut überreicht wurde. Daß sie aber ein Fortschritt auf dem Wege zum Frieden sei, wie es die beiden vorangegangenen deutschen und die erste amerikanische Note zu sein schienen und wie man es auch von dieser erwarten durfte, wird man nicht sagen können. Im Gegenteil spricht aus dieser Note ein anderer, schroffer Geist als aus der ersten, und es ist offensichtlich, daß auf die Fassung dieser Note andere Kräfte Einfluß genommen haben. Der Geist Clemenceaus und Lloyd Georges macht sich bemerkbar und Zweifel tauchen auf, ob dieser Weg zum Ziele führen kann.

Die Note Wilsons wird manchen in Deutschland enttäuschen. Aber daß man es uns nicht leicht machen würde, war nach den Ereignissen der letzten Monate zu erwarten. Die verantwortlichen Männer, welche wissen, was für das Schicksal unseres Volkes notwendig ist, werden sich durch die Fassung und den Inhalt der Note nicht abhalten lassen, das zu tun, was sie nach Lage der Verhältnisse für das Richtige halten müssen.

Der Brief des Reichskanzlers.

Die deutsche Öffentlichkeit ist nun endlich in der Lage, den Brief des Prinzen Max lernen zu lernen, den die Entente mit leicht erkennbarer Absicht am Mittwoch in Schweizer Zeitungen veröffentlicht hat, der nun all diese Tage hindurch die politischen Kreise in Atem gehalten und aus der Kanzlerschaft des Prinzen Max bereits wieder eine Kanzlerfrage gemacht hat, die allem Anschein nach jetzt unmittelbar vor der Entscheidung steht. Ganz wird das Rätsel schwerlich zu lösen sein, auch wenn der Brief von der Entente vollständig richtig wiedergegeben ist, was nicht feststeht, weil der Kanzler eine Abschrift des Briefes nicht besitzt.

Der Kanzler hat am Montag gegenüber Vertrauensmännern aus dem Parlament Erklärungen abgegeben, die wesentlich dazu helfen, den ungünstigen Eindruck jenes Briefes abzuschwächen, weil er sich auf Tatsachen dabei berufen konnte. Danach ist er z. B. Ende Januar 1917 dafür eingetreten, die bekannte Friedensnote des Präsidenten Wilson auch nach der Ablehnung des deutschen Friedensangebots durch die Entente durch eine öffentliche deutsche Kriegszielklärung zu unterstützen. Er hat dann am 15. Juli 1917, in dem von Prof. Delbrück veröffentlichten Briefe, die bekannte Stellung zu der Friedensresolution des Reichstags genommen, in der er nicht das Ziel dieser Resolution, sondern nur

ihren Zeitpunkt kritisiert. Im Februar 1918 sei er weiter, was gerade gegenüber dem Briefe wichtig ist, (bei dessen Abfassung am 12. Januar er die programmatische Erklärung Wilsons vom 8. Januar vielleicht noch garnicht gekannt hat) für eine unzweideutige Erklärung über Belgien eingetreten und für eine saubere Ausfüllung des Rahmens des Brest-Litovsker Friedens im Sinne des Rechts. Er habe endlich diese Forderung wiederholt zu einer Zeit, als wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen. Das alles zeuge von einer einheitlichen Grundfassung der Friedensfragen. Er habe nie anders geglaubt, als daß das Recht in diesem Kriege siegen würde. So habe das nationale Interesse ebenso wie die Menschheitsgefimmung gefordert, daß wir den Rechtsgedanken aufrichtig auf unsere Fahne schrieben. Er habe daher von Anfang an die alldeutschen Kriegsziele bekämpft, die geeignet waren, die feindliche Widerstandskraft zu stärken. Er sei ebenso ein Gegner des Programms der Programmlosigkeit, das von dem Gesichtspunkt ausgehe, unseren Unterhändlern die Arbeit nicht durch eine verfrühte Festlegung auf bestimmte Bedingungen zu erschweren. Nur die Friedensangebote habe er für inopportun gehalten, soweit sie sich an Regierungen wandten, die nichts von einem Rechtsfrieden wissen wollten, einem Frieden, der sich mit der Ehre und Sicherheit aller Völker vereinen lasse. — In ähnlicher Weise erläuterte der Reichskanzler seine Stellung zur inneren Politik. So sei er Ende Juni 1917 für die Einführung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen eingetreten. Und er habe sich im Juli 1917 für eine Regierung erklärt, die in überzeugender Weise den Ausdruck des Mehrheitswillens bildete. Freilich hat er damals nicht geglaubt, daß eine so weit gehende Parlamentarisierung nötig wäre wie heute. Er sei auch ein erklärter Gegner des Siebener-Ausschusses zur Kontrolle der einzelnen Schritte der Regierungshandlungen gewesen, denn er glaube, daß auch innerhalb der großen Demokratien Raum sei für den Führergedanken und für das Vertrauen in die Führung. Kontrollkommissionen zur Ueberwachung der einzelnen Schritte der Exekutive schienen ihm nur bei einem Mißtrauensverhältnis zwischen Parlament und Regierung berechtigt. Das demokratische Programm, das er heute vertritt, habe natürlich in dieser Form nicht schon von Anfang des Krieges an bei ihm festgestanden, aber seine Auffassung habe sich während des Krieges in gerader Linie fortentwickelt und das, wofür er heute überzeugt eintritt, sei nur ein logischer Schritt in dieser Entwicklung. Gegen ein kritikloses Uebernehmen westlicher Institutionen sei er auch heute noch. Er glaube, daß sich die deutsche Evolution nach unserem eigenen inneren Gesetz vollziehen müsse. Daß die Entwicklung in diesen Tagen sich auf dem Gebiet des Verfassungslebens und der Verwaltung mit unwiderruflichem Schritt vollzogen habe und noch vollziehe, sei bekannt.

Diese Erklärungen sind ein neues Bekenntnis zu dem Programm, mit dem der Kanzler am 5. Oktober vor Parlament und Volk getreten ist — ein Bekenntnis, das durch die inzwischen eingeleiteten konkreten Handlungen ja auch eine weitere Bekräftigung erfährt. Ob der persönliche Eindruck dieser Erklärungen stark und überzeugend genug war, das können nur die Abgeordneten der Mehrheit selbst mit dem Schwergewicht ihrer Verantwortung entscheiden. Die Auslassung des Abg. Haas zeigt, daß jedenfalls in einem Teile der Mehrheit die Ansicht besteht, daß die Mehrheit an ihrem Vertrauen festhalten kann.

Die sozialdemokratische Fraktion trat gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Offenbar hing diese mit dem Kanzlerbriefe zusammen.

Keine Reichstagsitzung heute.

Nachdem jetzt Wilsons Antwort eingetroffen ist, beschloß der Aeltestenrat des Reichstages die nächste Sitzung des Reichstages für nächsten Freitag festzusetzen. Wilsons Antwort drängt natürlich auch das in den letzten Tagen so lebhafteste Interesse an dem Briefe des Prinzen Max und seinen etwaigen politischen Folgen zurück. Man wird davon kaum mehr sprechen, denn es steht nun fest, das diese Folgen, die sich auf die Stellung des Prinzen bezogen, nicht eintreten werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat gestern abend beschlossen, ihm ihr Vertrauen nicht zu entziehen, so daß er also auf seinem Posten bleiben kann, und das ist gut, denn von allem abgesehen, erlaubt die Stunde keinen Wechsel innerhalb der Regierung.

Entscheidung über Krieg oder Frieden nur unter Mitwirkung der Volksvertretung.

Berlin, 15. Okt. (W. B.) Der Bundesrat stimmte heute Vormittag einem Gesetzentwurf zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung zu.

Abatz 2 des Artikels wird dahin abgeändert: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.“

Abatz 3 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: „Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.“

Damit ist die volle Mitwirkung der Volksvertretung bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden gesichert.

Nach der bisherigen Fassung des Artikels 11 hat der Kaiser im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen. Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt. Hier war also in der wichtigsten Lebensfrage des Volkes die Mitwirkung der Volksvertretung ausgeschaltet. Nach dem Beschluß des Bundesrats, dem der Reichstag sicher ungeändert zustimmen wird, sollen künftig Kriegserklärungen und Friedensschlüsse von der Zustimmung des Reichstags abhängen, in dessen Hände hierdurch die endgültige Entscheidung gelegt wird.

Hestige Kämpfe in Flandern. Großes Hauptquartier, 15. Oktober.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern hat der Feind seine Angriffe auf breiter Front zwischen Jarres und der Lys wieder aufgenommen. Es gelang ihm über unsere vordere Stellung hinaus vorzudringen. Gegen Mittag kam der Kampf in der Linie Kortemar-östlich von Koffela, das nach hartem Kampf in Feindeshand fiel, südwestlich von Jsegem und nordöstlich von Meuen zum Stehen. Barvil wurde gegen starke Angriffe behauptet, Uebergangversuche des Feindes über die Lys bei Romen vereitelt. Bei erneuten Angriffen am Nachmittag gingen Handzaeme und Koffela verloren. Starke, mit Panzerwagen geführte Angriffe beiderseits von Gils scheiterten. Zwischen Jsegem und Meuen konnte der Feind am Nachmittag nur noch wenig Boden gewinnen.

Erfolgreiche Vorfeldkämpfe westlich von Lille und am Haute Deule-Kanal.

Im Selle-Abschnitt nördlich von Hausn und bei Souplet scheiterten Teilangriffe des Gegners.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Im dichten Morgennebel brach der Feind östlich von St. Quentin über die Dife vor und sahle vorübergehend auf den Höhen südlich von Macquigny und nördlich von Origny Fuß. Umfassend angelegter Gegenangriff warf ihn von den Höhen auf die Dife wieder zurück. Hestige Teilkämpfe vor der neuen Front nördlich von Laon, westlich der Aisne und im Aisnebogen südwestlich von Grandpré.

Seeresgruppe Gallwig.

Zwischen der Aire und der Maas griff der Amerikaner mit starken Kräften an. Schwerpunkt der Kämpfe lag östlich der Aire und beiderseits der von Charpentry auf Bautherville führenden Straße. Die teilweise bis zu viermal wiederholten Angriffe sind bis auf örtlichen Geländegewinn beiderseits von Romagne gescheitert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Auf den Höhen nordwestlich und nördlich von Nisch fanden kleinere Kämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die feindlichen Angriffe in Flandern.

Berlin, 15. Oktober, abends. (W. B. Amtlich.)

An der Kampffront in Flandern setzte der Feind seine Angriffe fort. Er konnte einige Geländevorteile in beschränktem Umfang erringen.

Westlich der Maas entschieden sich Teilkämpfe zu unseren Gunsten.

Wiener Generalstabsbericht.

Wien, 15. Okt. (W. B.) Amtlich wird verkauft:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsstätigkeit war auch gestern ziemlich rege.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Das von uns geräumte Durazzo ist von den Italienern besetzt worden.

Die Bewegungen in Albanien und Serbien gehen ohne nennenswerte Gefechtsberührung mit dem Gegner vor sich.

Der Chef des Generalstabes

Fliegerleutnant Höhn gefallen.

Wiesbaden, 16. Okt. Fliegerleutnant Fritz Höhn von hier ist nach 22 siegreichen Luftkämpfen gefallen. Er war Boamter bei der städtischen Verwaltung.

Rücktritt des Chefs des Marinekabinetts.

Berlin, 15. Okt. In der nächsten Zeit wird auch der Chef des Marinekabinetts Admiral von Müller von seinem Posten scheiden.

Baldow bleibt.

Aus Anlaß der Umgestaltungen in der Reichsregierung halte der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes, von Baldow, dem Reichstanzler sein Entlassungsgejud eingebracht. Dem Vernehmen nach hat sich der Staatssekretär auf Erläuterung des Reichstanzlers bereit erklärt, im Amte zu verbleiben.

Kabinettswechsel in Oesterreich.

Wien, 15. Okt. Der Kaiser hat das Rücktrittsgesuch des Ministerpräsidenten Freiherrn von Huszarok angenommen und den Grafen Sypoa-Larouca mit der Bildung des Kabinetts betraut.

Attentat gegen Enver Pascha.

Nachrichten zufolge, die aus sicherer Quelle aus Konstantinopel eingetroffen sind, soll am Mittwoch auf Enver Pascha ein Attentat verübt worden sein. Mehrere Schüsse wurden auf den jungtürkischen Führer abgegeben, als dieser ins Kriegsministerium eintrat. Der Enver Pascha begleitende deutsche Offizier wurde verwundet. Enver Pascha blieb unverletzt. Nachrichten derselben Quelle zufolge herrscht in Konstantinopel eine ungeheure Aufregung.

Polen.

Der Abbau der deutschen Zivilverwaltung.

Berlin, 15. Okt. Die militärische Okkupation Polens bleibt vorläufig noch bestehen. Dagegen soll mit dem Abbau der Zivilverwaltung sofort begonnen werden. Der Abbau wird sich jedoch nur allmählich zu vollziehen haben, da Polen aus sich noch nicht über genügend Beamte verfügt.

Japan mit Wilson einverstanden.

Nach Pressemeldungen aus Tokio soll sich die japanische Regierung mit der Wilsonschen Note und seinen Bedingungen solidarisch erklärt haben.

Anzeigen für diese Zeitung müssen, größere am Tage vorher, kleinere bis aller spätesten 9^uhr vormittags an den Erscheinungstagen Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag in der Geschäftsstelle eingetroffen sein, weil wegen Personalmangel und aus Rücksicht auf die Austräger die Ausgabezeit von abends auf mittags verlegt werden mußte. Später eintreffende Anzeigen werden ohne weitere Benachrichtigung in der folgenden Nummer aufgenommen.

Lokalnachrichten.

* Königstein, 16. Okt. (Fahrplanänderung.) Der Zug ab Frankfurt 10.27 abends ist bis auf weiteres ausgefallen. Infolgedessen verkehrt der Zug Nr 16 bisher ab Höchst 10.55 wie an Sonntagen Höchst ab 11.36 und nimmt Anschluß an den Zug 10.10 ab Frankfurt auf.

* Königstein, 16. Okt. Gefreiter Georg Rowald von hier, Aufsichtsführer der Regimentschneiderei Füsilier-Regiment 80, erhielt das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

* Dem Landsturmmanm Jean Grandpierre von hier, der an den schweren Kämpfen im Westen, zuletzt bei einer Sturmabteilung teilnahm, wurde für hervorragende, vorbildliche Tapferkeit das Eisene Kreuz 2. Klasse verliehen. Grandpierre wurde bereits vor einiger Zeit mit der Großh. Hess. Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

h Althenheim, 14. Okt. Ein stattlicher Leichenzug bewegte sich heute durch die Straßen des Dorfes, um dem geliebten Lehrer Jacob Fleith, der 27 Jahre segensreich hier gewirkt hatte, das letzte Geleite zu geben. Auch von auswärtigen waren viele Bekannte, Freunde und Kollegen gekommen, ihm die letzte Ehre zu erweisen. In der Grabrede hob Herr Pfarrer Schramm lobend die Verdienste hervor, die sich der Verstorbene um Althenheim erworben hat, indem er zeigte, was Herr Fleith der Schule und was er der Gemeinde war. Sein Andenken wird fortleben in den Herzen aller, die ihn kannten und noch in späten Jahren wird man sich des herzensguten Lehrers, des stets hilfsbereiten Mannes, des treuen Freundes gern erinnern. Er ruhe in Frieden!

* Eppstein, 15. Okt. Zum Gedächtnis der Frau Hilba Bolongaro Credema geb. v. Neufville fand am Sonntag nachmittag eine Trauerfeier statt, in den Räumen der Kleinkinderschule. Unter den geladenen Gästen bemerkten wir die Protektorin, Ihre Hoheit Frau von Vinde, Prinzessin zu Hessen, Frä. Marie von Wum, Frau Baronin Reinach u. a. m. Die sonst etwas nüchtern wirkenden Räume waren mit einfachen Mitteln wirksam geschmückt. In vorderer Unrahmung schmückte den Raum an bemerkbarer Stelle das Bildnis der Verstorbenen. Unter Leitung des Herrn Lehrer Weber sang ein Kreis von Knaben und Mäd-

chen das ewig schöne Trostlied: „Jesus meine Zuversicht!“ Franz Lochtermann (bekannt geworden durch die Eppsteiner Festspiele) leitete die Feier ein durch eine Elegie in Prosa, sowie einen Nachruf von Emil Heymer. Darauf gedachte Herr Pfarrer Finl der so früh Dahingegangenen in ehrenden Worten als Gründerin und Leiterin der Kleinkinderschule, sowie als Wohltäterin im Allgemeinen. Interessant und fesselnd war das Lebensbild, welches er mit schlichten Worten zeichnete. Zum Schluß seiner Rede gab der Herr Vortragende bekannt, daß durch eine hochherzige Zuwendung des Herrn Bolongaro Credema der Fortbestand der Kleinkinderschule für alle Zeiten gesichert sei. Den Beschluß der erhabenen Feier bildete ein Requiem von Heibel durch Herrn Lochtermann, sowie eine Strophe des Einführungschorals.

* Eppstein, 16. Okt. Ein Opfer seiner Pflicht wurde Herr Polizeiergeant Hesse hier, welcher bei Verfolgung eines Verdächtigen so unglücklich stürzte, daß er einen doppelten Armbruch davontrug.

Eronberg, 15. Okt. Ein glänzendes Geschäft machte ein fremder Mann am Sonntag in den hiesigen Wirtschaften mit dem Verkauf von Tabak, da die vorgelegten Proben sogar strengsten Friedensanforderungen entsprachen. Im Handumdrehen waren die Pakete abgesetzt. Als man aber — der Fremdling war längst wieder weg — die Pakete öffnete, bargen sie statt des Tabaks ganz gewöhnliches Sägemehl.

Warum noch Kriegsanleihe?

Deutschland hat seinen Segnern Waffenstillstand und Frieden angeboten. Der Krieg ist in Liquidation — warum soll das deutsche Volk noch Kriegsanleihe zeichnen? Die Frage wird nicht von vielen gestellt. Die meisten antworten durch die Lat, sie zeichnen; und die eingelassenen Zeichnungen haben jetzt schon einen solchen Umfang erreicht, daß ein großer Erfolg der 9. Kriegsanleihe bereits sicher gestellt erscheint. Aber manche fragen doch ganz ernsthaft, warum sie jetzt eigentlich noch zeichnen sollen. Und solche ernsthafte Frage verdient ernsthafte Antwort.

Zunächst, auch wenn morgen schon der Friede geschlossen würde, und gerade dann, müßte noch in riesigem Umfang Kriegsanleihe gezeichnet werden. Es ist bisher immer unser Vorprung gewesen, daß wir von den tatsächlich aufgelaufenen Kriegskosten einen höheren Teil in festen Anleihen aufgebracht hatten als unsere Gegner, daß wir weniger als sie mit kurzfristigen schwabenden Anleihen belastet sind. Aber ganz haben wir auch schon seit der 5. Anleihe die Kriegskosten nicht mehr durch Kriegsanleihen gedeckt. Ende April d. Js., als die 8. Anleihe, alle vorausgegangenen übertreffend, den gewaltigen Erfolg von 14¹/₂ Milliarden erbracht hatte, belief sich die Gesamtsumme unserer Kriegsanleihen auf rund 87 Milliarden. Die Kriegskosten bis dahin aber hatten wohl schon 112 Milliarden erreicht. Es werden jetzt nicht viel weniger als 135 Milliarden sein. Und dafür, für diese Differenz zwischen Anleihe summe und Kriegskostenhöhe brauchen wir die neue Kriegsanleihe. Diese Differenz ist heute kurzfristig in Form von Schatzwechseln usw. aufgebracht, die von der Reichsbank, von großen Bank- und Industriefirmen, von reichen Privatleuten und ähnlichen angekauft worden sind. Aber diese Schatzwechsel werden fällig. Und gerade wenn jetzt Friede wird, gerade wenn wirklich der Krieg zu Ende sein sollte, müssen diese kurzfristigen Schuldverschreibungen des Reichs in Kriegsanleihe umgewandelt werden. Denn dann werden diejenigen, die jetzt die Schatzwechsel kauften, das Geld flüssig machen müssen, um es als Betriebskapital der deutschen Volkswirtschaft für deren Wiederaufbau bereit zu stellen. Dann werden wir wieder arbeiten wollen und müssen, und wir werden dieses Geld dazu nötig haben. Bereit haben aber werden wir es nur, wenn all das Geld, das jetzt untätig aufgespeichert ist, der Kriegsanleihe zugeführt wird. Dieser Umschichtungsprojeht muß sich vollziehen, und um so entschlossener, je näher man den Frieden glaubt. Alles Kapital, alles Geld, jede Ersparnis muß lebendig gemacht werden. Jeder Privatmann, jeder Kapitalist, der heute seine anlagefähigen Ersparnisse der Kriegsanleihe zuführt, hilft mit dazu, daß wir bei Friedensschluß stark und entschlossen wieder an die wirtschaftliche Friedensarbeit gehen können. Kriegsanleihezeichnung ist Friedensstützung. Das soll man bedenken.

Kriegsanleihezeichnung ist Friedensstützung aber auch noch in einem anderen Sinne. Die Kriegsanleihe hat die Aufgabe, überflüssiges Papiergeld, das die Reichsbank für die Schatzwechsel in den Verkehr gebracht hat, wieder in unser Zentralnoteninstitut zurückzupumpen. Die Kriegsanleihe mahnt: Geht das Papiergeld wieder heraus, das euch durch hohe Preise im Uebermaße zufließt, leht es dem Reiche! Die Sicherheit ist die gleiche, denn das Reich haftet für die Anleihe ebenso wie für das Geld, und es zahlt noch 5 Prozent Zinsen. Aber heraus muß das Geld, wenn unsere Wirtschaft gesund bleiben soll. Niemals fams das Preisniveau wieder auf einen vernünftigen Stand zurückgehen, solange der unsinnige Papiergeldumlauf nicht zurückgedraht wird. Wer heute überflüssige Mengen von Papiergeld bei sich einsperrt, der wirkt mit zu der sinnlosen Preistreibererei. Und es wird heute Papiergeld von Privaten in unsinniger Weise aufgespeichert, sonst wäre es nicht möglich, daß zu der gleichen Zeit, in der unser Papiergeldumlauf so verhängnisvoll gestiegen ist, tatsächlich an manchen Stellen des Verkehrs ein Papiergeldmangel sich bemerkbar macht, so daß jetzt schon einzelne Städte wieder zur Ausgabe von Notgeld schreiten müssen. Das eingesperrte Geld muß heraus, es muß der Kriegsanleihe zugeführt werden. Wer daran mithilft, hilft an einer Gesundung unserer Geld- und unserer Preisverhältnisse mit. Und auch das ist Friedensstützung.

Darum muß man heute noch Kriegsanleihe zeichnen, auch, wenn morgen schon sicher der Friede käme. Aber wir wissen ja noch gar nicht, ob er kommt! Deutschland hat den Frieden angeboten — ob die anderen ihn uns geben, steht noch dahin. Und darum müssen wir heute Kriegsanleihe zeichnen.